

MÜNCHEN/KITZINGEN

Staatsarchiv-Umzug: Landtag streitet erneut über Kostenanstieg

Soll der Umzug des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen auf den Prüfstand? Im Landtag wurde erneut darüber gestritten. Die SPD bringt indes Ersatzkandidaten ins Spiel.

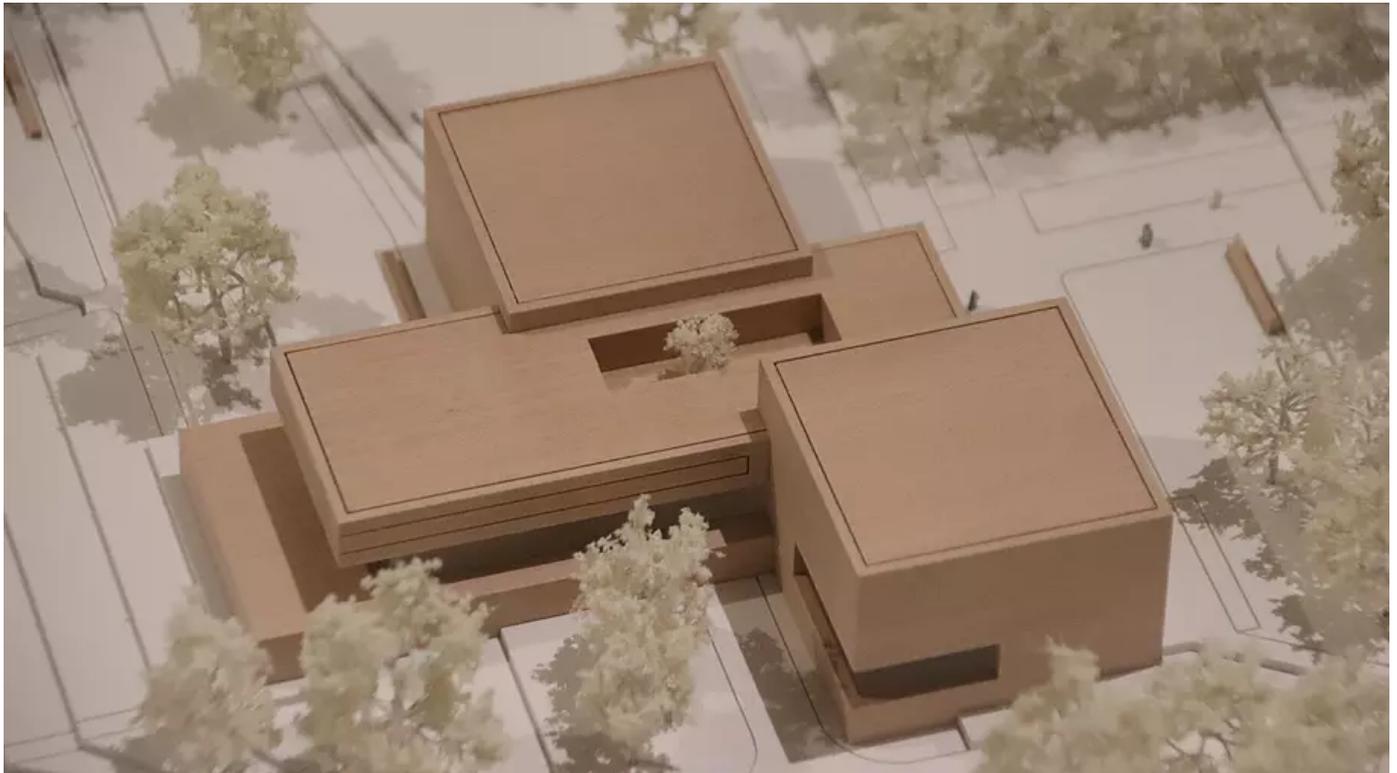


Foto: Andreas Brachs | Der geplante Umzug des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen sorgt im Landtag erneut für hitzige Debatten. Die Pläne für den Neubau liegen allerdings bereits vor.



Von Henry Stern

04.12.2019 | aktualisiert: 07.04.2020 13:06 Uhr

Soll die Staatsregierung den Umzug des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen noch einmal überdenken und die laufenden Planungen vorerst einfrieren? Nein, fand eine Mehrheit aus CSU, Freien Wählern und AfD im Wissenschaftsausschuss des Landtags – und lehnte einen entsprechenden Antrag der unterfränkischen Grünen-Abgeordneten Kerstin Celina ab.

[Staatsarchiv: Verlagerung wirkt sich schon jetzt stark aus](#)
[Staatsarchiv-Bau: Hamburger und Berliner planen für Kitzingen](#)
[Kommt das Staatsarchiv doch nicht nach Kitzingen?](#)

Grüne Celina kritisiert Kostensteigerungen auf 63 Millionen Euro

Celina hatte zuvor auf die enormen Kostensteigerungen für die Neubau-Pläne im Kitzinger Deuster-Areal verwiesen, die **zuletzt auch der Bund der Steuerzahler kritisiert** hatte: Mehr als 63 Millionen Euro für nur 19 Arbeitsplätze stünden in keinem Verhältnis zum ursprünglichen Ziel, im Zuge der Behördenverlagerung strukturpolitische Impulse zu setzen, findet Celina. Zudem stünden in Würzburg auf dem Gelände der ehemaligen Leighton-Barracks genügend geeignete Flächen in staatlichem Besitz für einen billigeren und flächensparenden Archiv-Neubau zur Verfügung.

Auch der unterfränkische SPD-Abgeordnete Volkmar Halbleib forderte die Staatsregierung auf, den Umzugsplan jetzt noch einmal zu überdenken. Ohne eine echte Alternative für die versprochene Behördenverlagerung nach Kitzingen sei dies aber nur "eine theoretische Diskussion".

Eine andere Behörde nach Kitzingen? Halbleib macht Vorschläge

Auf Nachfragen aus den Reihen der CSU nannte Halbleib das Würzburger Amt für ländliche Entwicklung sowie das Landesamt für Finanzen als mögliche Behörden, die anstelle des Staatsarchivs nach Kitzingen verlegt werden könnten. Es liege aber an der Staatsregierung und nicht an der Landtagsopposition, diese Alternativen auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen.

Ein Vorschlag, der bei CSU und Freien Wählern auf klare Ablehnung stieß: "Ein Moratorium macht die Sache nur teurer", warnte der CSU-Kulturexperte Stephan Oetzinger. Das staatliche Gelände am Würzburger Hubland sei zudem für die Erweiterung der Universität reserviert: "Es wäre deshalb falsch, jetzt dort eine andere Nutzung zu ermöglichen", findet Oetzinger.

CSU-Abgeordnete Becker: Nutzen für Kitzingen nicht ständig in Frage stellen

Die Kitzinger CSU-Abgeordnete Barbara Becker wies zudem den Vorwurf eines nur geringen Mehrwerts für die Stadt zurück: Sowohl von der geplanten Architektur, als auch vom Gesamtkonzept für das zentrale Deuster-Gelände werde Kitzingen großen Nutzen ziehen, sagte sie: "Ich bitte, dies nicht ständig in Frage zu stellen."

"Irgendwann muss man konkret werden", begründete der AfD-MdL Ingo Hahn seine Unterstützung für den Staatsarchiv-Umzug nach Kitzingen. Ein Standort des Archivs in Würzburg sei zudem "im digitalen Zeitalter nicht mehr von der Wichtigkeit, wie es das in früheren Zeiten mal war".

| Weitere Artikel